

Abstract

Die vergleichende Außenpolitikforschung ist ein klassisches, wenn auch vernachlässigtes Feld in den Internationalen Beziehungen. Der Beitrag stellt anhand einer Fallstudie theoretische und methodische Herausforderungen vor, die bei einer vergleichenden Arbeit typischerweise auftreten. In der Fallstudie wird die Außenpolitik von acht EU-Mitgliedstaaten (D, DK, E, F, GR, I, NL, UK) in der Irak-Krise (2002/2003) miteinander verglichen.

Ausgangspunkt der Studie ist die massive Kritik an der gemeinsamen europäischen Außenpolitik angesichts der Spaltung in der Irak-Frage. Untersucht wird, wie substanziell diese Spaltung war, und ob das Verhalten der Staaten mit Blick auf frühere Krisen (Golfkrieg, Kosovo-Konflikt) erwartet werden konnte. Für sechs von acht Staaten ist zu diagnostizieren, dass ihr Verhalten nicht überraschend war, verhielten sie sich doch gemäß früher gezeigter Verhaltensmuster. Mit Bezug auf die Identitätstheorie werden anschließend Hypothesen formuliert, wie die gezeigte Kontinuität des Verhaltens nachvollzogen werden kann.

Nur Frankreich und Deutschland wichen stark von ihrem ‚Muster‘ ab, weswegen ihr Verhalten sehr erklärungsbedürftig erscheint. Mit Hilfe einer Plausibilitätsprobe, die Identitätstheorie und Diskursansatz miteinander kombiniert, wird der französische und deutsche Verhaltenswandel näher beleuchtet. In der Konsequenz lässt die Analyse den Schluss zu, dass die Verhaltensdivergenzen der Staaten stabil sind und die Berechenbarkeit des französischen und deutschen Verhaltens abnimmt. Beides wird dazu führen, dass sich Spaltungen wie in der Irak-Krise in der Zukunft wahrscheinlich wiederholen werden.